

Leserbrief für die TLZ zum Beitrag „Harte Kritik am Bürgergeld“ vom 12.11.2007

Autor: Michael Hose, Geschäftsführer der Initiative Solidarisches Bürgergeld

Bürgergeld bleibt alternativlos

Es ist schon erstaunlich, dass der Vorsitzende des DGB Thüringens Herr Lemme die Idee des Solidarischen Bürgergeldes nach dem Bericht des Sachverständigenrates der Bundesregierung als gescheitert ansieht. Besonders verwundert das Lob Lemmes zum Gutachten des Sachverständigenrates, der auch den gesetzlichen Mindestlöhnen eine Absage erteilt, was Herr Lemme sicherlich nicht so gut findet.

Unverständlich scheint auch, warum der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes gegen die deutliche Verminderung der Armutsquote, die Schaffung von 1,19 Mio. neuen Arbeitsplätzen und die Verminderung der durchschnittlichen Abgabenlast für die Bürger um über 20% ist. Denn das sind die positiven Effekte der Bürgergeldidee von Dieter Althaus, die auch in dem Gutachten des Sachverständigenrates hervorgehoben werden. Deshalb gibt der Rat dem Modell auch das Prädikat „revolutionär“, lobt die Idee ausdrücklich und bescheinigt aber auch, dass „es wahrlich nichts für verzagte politische Geister“ sei.

Richtig ist, dass der Bericht die Finanzierbarkeit des Bürgergelds in Frage stellt. Leider sind einige Annahmen, auf denen dieses Urteil beruht, nicht korrekt. Die Mehreinnahmen aus der im Modell vorgesehenen Einkommenssteuer werden nicht berücksichtigt, die Mehrwertsteuererhöhung vom 1. Januar 2007 ist nicht mit einberechnet und die Einsparpotenziale durch die Integration der unterschiedlichen Sozialleistungen in das Bürgergeld sind zu niedrig angesetzt. Andere Forschungsinstitute wie das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) kommen deshalb zu dem Schluss, dass das Solidarische Bürgergeld sehr wohl finanzierbar ist. Sicherlich bedarf der Vorschlag von Dieter Althaus noch der Präzisierung an der einen oder anderen Stelle. Zudem ist die Ausgestaltung nicht dogmatisch vorgegeben. Die Idee ist vielmehr der Impuls für eine lange überfällige Debatte um die Zukunft des Deutschen Sozialstaates. Deshalb hat die CDU Deutschlands auch eine Kommission unter Führung von Dieter Althaus eingesetzt, wo unter Mitarbeit verschiedenster Wirtschaftsinstitute eine Vertiefung der Grundkonzeption stattfindet.

Im Moment ist aber die gesellschaftliche Debatte über die Grundidee interessant. Dabei ist festzustellen, dass es aus allen gesellschaftlichen Schichten und allen Parteien großen Zuspruch für ein Grundeinkommensmodell gibt. Auch Herr Lemme wird mit seiner reflexartigen Absage an das Solidarische Bürgergeld diese notwendige Debatte nicht stoppen. Die Analyse, dass das

jetzige Sozialsystem nicht zukunftsfähig ist, bleibt unverrückbar. Auch der momentane Aufschwung ändert an dieser Tatsache überhaupt nichts. Eine der wichtigsten Aufgaben der jetzigen Politikergeneration ist daher, das System so zu verändern, dass es zukunftsfähig und gleichzeitig gerecht ist. Beides ist meiner Meinung nach beim Solidarischen Bürgergeld gegeben. Alle politisch relevanten Kräfte sind aufgerufen, sich über solch ein neues System Gedanken zu machen und nicht populistisch nach der Verteilung der momentanen Steuermehreinnahmen zu rufen. Leider gibt es noch zu wenige Politiker, die den Mut haben, öffentlich über ein neues System zu reden. Es bleibt zu hoffen, dass dies nicht erst geschieht, wenn der Handlungszwang unmittelbar ist. Der soziale Frieden, die Generationengerechtigkeit und letztendlich die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie stehen auf dem Spiel. Da das Modell des Solidarischen Bürgergeldes von Dieter Althaus bis jetzt das einzige realistische Konzept für die Zukunft unseres Sozialstaates ist, bleibt es alternativlos. Deshalb muss die breite Diskussion über den Vorschlag unseres Ministerpräsidenten anhalten, um die Idee zu vertiefen und es möglichst schnell in die Realität umzusetzen.